

A n t w o r t

des Ministeriums des Innern und für Sport

auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)
– Drucksache 17/6744 –

Gefährder und Islamisten im Landkreis Alzey-Worms III

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 17/6744** – vom 10. Juli 2018 hat folgenden Wortlaut:

Ich frage die Landesregierung:

1. Hat sich die Anzahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Salafisten in den letzten fünf Jahren entsprechend dem Bundestrend ähnlich entwickelt? Wenn ja, wie ist dieser Trend nach Meinung der Landesregierung zu stoppen?
2. Welche Ursachen sieht die Landesregierung in der o. a. Entwicklung?
3. Welche Gefahren gehen von der größer werdenden Salafisten-Szene aus?
4. Welche Präventionsmaßnahmen wurden gemeinsam mit der DITIB in den letzten fünf Jahren entwickelt, um den o. a. Trend zu stoppen?
5. Welche Präventionsmaßnahmen wurden gemeinsam mit dem Landesbeirat für Migration und Integration in den letzten fünf Jahren entwickelt, um den o. a. Trend zu stoppen?
6. Welche Präventionsmaßnahmen wurden gemeinsam mit den rheinland-pfälzischen Bildungseinrichtungen entwickelt, um den o. a. Trend zu stoppen?
7. Welche zukünftigen Maßnahmen plant die Landesregierung, um den o. a. Trend zu stoppen?

Das **Ministerium des Innern und für Sport** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 30. Juli 2018 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Die Zahl der Salafisten hat sich in den letzten fünf Jahren folgendermaßen entwickelt:

Jahr	Rheinland-Pfalz	Bund
2013	70	5 500
2014	100	7 000
2015	120	8 350
2016	150	9 700
2017	200	10 800
Juni 2018	200	11 200

Festzustellen ist somit eine kontinuierliche und weitgehende parallel verlaufende Zunahme des salafistischen Personenpotenzials auf Landes- und Bundesebene. Allerdings weist Rheinland-Pfalz gegenüber anderen Ländern weiterhin eine verhältnismäßig niedrige Zahl an Salafisten auf.

Seit dem vierten Quartal 2017 konnte keine weitere Zunahme des salafistischen Personenpotenzials in Rheinland-Pfalz festgestellt werden. Ob daraus ein nachhaltiger Trend abzuleiten ist, kann gegenwärtig noch nicht beurteilt werden.

Zu Frage 2:

Die Ursachen für das Erstarken salafistischer Bestrebungen sind vielfältig.

Die Entwicklung der vergangenen Jahre ist u. a. vor dem Hintergrund zu sehen, dass salafistisches Gedankengut in zahlreichen Staaten an Bedeutung und Anziehungskraft gewonnen hat, sowohl in mehrheitlich von Muslimen bewohnten Staaten als auch in Westeuropa. Die Entwicklung in Deutschland stellt insoweit keine Ausnahme dar. Über die digitalen Medien ist salafistische Propaganda heutzutage jederzeit und überall verfügbar.

In der Regel werden Radikalisierungsverläufe – auch im Bereich des Salafismus – durch ein Zusammenwirken unterschiedlicher Faktoren begünstigt:

1. persönliche Lebensumstände und hierbei zumeist Probleme familiärer, schulischer und/oder beruflicher Art, weiterhin persönliche Diskriminierungserfahrungen oder zumindest eine subjektiv wahrgenommene Diskriminierung; daraus resultierend Suche nach Halt, Orientierung, Identität und Anschluss an eine „Ersatzgemeinschaft“;
2. Einfluss politischer und gesellschaftlicher Ereignisse, Entwicklungen und Umstände auf internationaler und nationaler Ebene. Insbesondere bei radikalisierten Flüchtlingen können Negativerfahrungen mit einem repressiven Regime oder Konflikte im Herkunftsland eine maßgebliche Rolle spielen.

Die Präventionsmaßnahmen der Landesregierung setzen insbesondere bei den unter Punkt 1 genannten Faktoren an. Die eingangs und unter Punkt 2 genannten Gegebenheiten, Ursachen und Faktoren entziehen sich weitestgehend den Einflussmöglichkeiten und Handlungsoptionen der Landesregierung.

Zu Frage 3:

Der Zulauf zur salafistischen Szene stellt aus mehreren Gründen eine Gefahr dar.

Die salafistische Ideologie weist zentrale Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zurück. Sie ist ferner darauf ausgelegt, bei den eigenen Anhängern einen Anspruch auf Höherwertigkeit gegenüber anderen gesellschaftlichen Gruppen – Nicht-Muslimen sowie nicht-salafistischen Muslimen – zu vertreten. Konkret kann sich dieser Anspruch in Form der Belehrung, Abschottung, aber auch der Bekämpfung äußern. Insoweit stellen salafistische Bestrebungen im Hinblick auf die Integration und die Haltung zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung eine Erscheinung dar, der es mit repressiven und präventiven Maßnahmen zu begegnen gilt.

Während im Bereich des missionarisch-politischen Salafismus insbesondere die Gefahr der Indoktrinierung, der Gewinnung neuer Anhänger und der Initiierung von Radikalisierungsprozessen besteht, geht eine Sicherheitsgefahr im engeren Sinne vor allem von jiadistischen Salafisten aus.

Zu Frage 4:

Der DITIB-Landesverband ist Mitglied des Runden Tisches Islam seit seiner Gründung im März 2012. Der Runde Tisch hat sich dem Thema der Präventionsarbeit im Bereich der Radikalisierung junger Muslime und der Rolle der Moscheegemeinden mehrfach gewidmet und mit externen Fachleuten beraten. Bei diesem Austausch haben DITIB wie alle anderen dort vertretenen islamischen Organisationen bekräftigt, dass sie ihre soziale Arbeit und religiöse Bildung mit jungen Muslimen in ihren Moscheegemeinden auch als Präventionsarbeit verstehen und ausrichten.

DITIB ist Mitglied im Präventionsprojekt „Diversitätsorientierte Arbeit im Netzwerk (DivAN)“. DivAN ist darauf angelegt, aktuelle pädagogische Prinzipien in der Erziehung junger Menschen gemeinsam mit Organisationen aus der Jugendarbeit und muslimischen Verbänden zu entwickeln und zu vermitteln. Dazu gehört die Erziehung zu jungen Menschen, die sich selbstbestimmt in ihrem sozialen Umfeld bewegen können, verantwortlich handeln und zu sozialem Engagement in einem demokratischen Umfeld befähigt sind.

Zu Frage 5:

Der Landesbeirat für Migration und Integration berät und unterstützt die Landesregierung Rheinland-Pfalz in Fragen, die Migration und Integration betreffen. Er und seine Mitglieder sind dem Ziel einer weltoffenen, vielfaltsbejahenden und diskriminierungsfreien Gesellschaft verpflichtet.

In seinen Sitzungen berät und informiert der Landesbeirat in Fragen der Migrations- und Integrationspolitik und kann u. a. für diesen Bereich gegenüber der Landesregierung Stellungnahmen abgeben sowie Anregungen, Vorschläge und Empfehlungen beschließen. Eigene Präventionsmaßnahmen stehen nicht im Fokus des Landesbeirates für Migration und Integration.

Der Landesbeirat für Migration und Integration hat sich in seiner Sitzung u. a. mit dem Thema „Gefahrenprävention“ befasst. Ministerin Anne Spiegel informierte über das „Spitzengespräch Sicherheit“ am 20. Januar 2017 und verwies hierzu auch auf die Pressemitteilung der Staatskanzlei vom gleichen Tage.

Des Weiteren hat der Landesbeirat für Migration und Integration in seiner Sitzung vom 17. November 2017 das Konzept zur Verhinderung islamistischer Radikalisierung junger Menschen in Rheinland-Pfalz beraten und diskutiert.

Zu Frage 6:

Rheinland-Pfalz stellt seit 1994 Fördermittel für Präventionsarbeit an Schulen zur Verfügung. Diese Arbeit wird in staatlichen Programmen, die vor allem über das Pädagogische Landesinstitut angeboten werden, und in schulischen Einzelprojekten realisiert.

Verantwortet werden die staatlichen Programme (PROPP, PIT, Mobbingfreie Schule sowie „Ich und Du und Wir“) von der Abteilung Schulpsychologische Beratung am Pädagogischen Landesinstitut. Bei diesen gewaltpräventiven Programmen geht es nicht vorrangig um Gewalt- oder Suchtprävention, sondern vielmehr um Primärprävention. Diese Form der Prävention zielt auf die Persönlichkeitsentwicklung von Kindern und Jugendlichen. Sie orientiert sich an den von der Weltgesundheitsorganisation benannten Faktoren der psychischen Gesundheit. Diese sind unter anderem kritisches Denken, positives Selbstwertgefühl, Entscheidungsfähigkeit, Fähigkeit zur Selbst- und Fremdwahrnehmung, Umgang mit Gruppendruck und andere mehr. Im Zuge der Programme geht es also vorrangig darum, die Person zu stärken, soziale Kompetenzen zu fördern und allgemein gültige Normen und Werte zu vermitteln. Dabei spielen die Förderung konstruktiver Kommunikation und die Vermittlung von Strategien zur Konfliktbewältigung eine zentrale Rolle.

Die Landeszentrale für politische Bildung ist assoziierter Partner des Forschungsprojektes „Dschihadismus im Internet: Die Gestaltung von Bildern und Videos, ihre Aneignung und Verbreitung“ des Instituts für Ethnologie und Afrikastudien an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

In diesem Rahmen wurde am 18. April 2018 in Ludwigshafen eine Veranstaltung mit dem Titel „Wie radikalisiert sich Jugendliche im Internet? Formen und Inhalte dschihadistischer Bildkommunikation“ durchgeführt. Am 4. und 5. Oktober ist die Konferenz „Audiovisueller Dschihadismus: Bedeutungen, Ästhetiken und Aneignungsformen“ in Mainz geplant.

Der rheinland-pfälzische Verfassungsschutz führt auf Nachfrage Informationsveranstaltungen an Schulen durch. In den Fortbildungsveranstaltungen für Lehrer werden hierbei insbesondere Indikatoren zur rechtzeitigen Erkennung islamistischer Radikalisierungsverläufe vorgestellt.

Zu Frage 7:

Junge Menschen zu erreichen, sie in ihrer persönlichen Entwicklung zu unterstützen sowie ihnen Orientierung in der Gesellschaft anzubieten, demokratische Grundwerte zu vermitteln und sie zur gesellschaftlichen Teilhabe zu befähigen, sind die zentralen Herausforderungen im Kampf gegen den Salafismus.

Um diese zu meistern, sind der Aufbau kommunaler Netzwerke und die Verknüpfung präventiver Angebote essenziell. Ein starkes informiertes und sensibilisiertes Miteinander von Eltern, lokalen Akteuren aus Schule, Sozial- und Jugendarbeit, Polizei und Politik ist hierfür unerlässlich. Es gilt, den Akteuren vor Ort zielgruppenadäquate und nachhaltige Fortbildungsmöglichkeiten anzubieten und dadurch sukzessive Wissen aufzubauen, Handlungssicherheit zu generieren sowie die Entstehung belastbarer Netzwerke zu fördern. Nur so können Bemühungen der universellen, der selektiven und indizierten Prävention sinnvoll ineinander greifen.

Die Leitstelle „Kriminalprävention“ realisiert universalpräventive Maßnahmen, Projekte und Veranstaltungen, welche sich gegen jegliche Formen des Extremismus, Diskriminierung und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit richten. Zudem unterstützt die Leitstelle „Kriminalprävention“ zahlreiche Kommunen, Vereine und Initiativen mit Landeszuwendungen bei der Durchführung von Präventionsmaßnahmen, welche sich den zuvor genannten Herausforderungen stellen. Die Förderung erfolgt auf Antrag.

Um religiös konnotierte Radikalisierung zu verhindern und zu bekämpfen, setzt die Landesregierung eine Vielzahl von Projekten um.

Die Jugendstrategie des Landes („JES! Jung. Eigenständig. Stark – Dialog neue eigenständige Jugendpolitik Rheinland-Pfalz – auf dem Weg zu einem Bündnis für und mit der Jugend“) wird ausgebaut, um diesen generalpräventiven Ansatz weiter zu stärken.

Ein relevanter Teil weiterer spezifischer Maßnahmen ist im „Landeskonzept gegen islamistische Radikalisierung junger Menschen“ beschrieben. So fördert das „Präventionsnetzwerk DivAN“ die Entwicklung pädagogischer Präventionskonzepte durch Vernetzungs- und Bildungsarbeit wie z. B. Fortbildungen, Informationsveranstaltungen, Informationsaustausch und Netzwerktreffen.

Das „Modellprojekt Leitplanke“ unterstützt diesen Prozess mit spezifischen Fortbildungen für Mitarbeitende von Jugendämtern mit einem Kurs zur Professionalisierung der Jugendarbeit in Moscheegemeinden und mit einem Fortbildungsangebot für Beschäftigte in der Jugendarbeit und der Schulsozialarbeit, das von Kommunen und Verbänden gebucht werden kann

Die „Beratungsstelle Salam“ wurde in den letzten zwei Jahren personell, finanziell, organisatorisch und inhaltlich ausgebaut auf fünf Beratungskräfte. Ständige Fortbildungen und Austausch, u. a. mit den Sicherheitsbehörden in Bund und Land, sichern ein aktuelles Wissen und die entsprechende Handlungsfähigkeit.

Im Projekt „Koordination der Prävention gegen Gewalt“ findet in Kooperation mit der interministeriellen Arbeitsgruppe der Aufbau einer öffentlich zugänglichen Datenbank aller gewaltpräventiven Projekte der Landesregierung statt. Dies umfasst auch jede Form von Extremismus und religiös motivierte Gewalt (www.gewaltpraevention.rlp.de).

In einem zweiten Schritt soll Kommunen und freien Trägern die Möglichkeit eröffnet werden, auch ihre Präventionsangebote und -projekte einzustellen.

Schließlich ist mit dem neuen Referat „Politischer und religiöser Extremismus bei Kindern und Jugendlichen, Koordinierung ‚Prävention gegen Gewalt‘“ im MFFJIV eine Koordination der Maßnahmen eingerichtet worden. Zudem ist das Referat mit der Erstellung eines Landesaktionsplanes gegen Rassismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit befasst.

In Vertretung:
Günter Kern
Staatssekretär